

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 10

Artikel: Krise oder Wende? : England 1926
Autor: Papcke, Sven
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165612>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sven Papcke

KRISE ODER WENDE?

England 1926

Es gibt Wendepunkte der Sozial- und Ideengeschichte, deren Bedeutung den Zeitgenossen entgeht. Ihr Gehalt tritt erst später, manchmal Jahrzehnte danach, zutage. Ein Beispiel für einen solchen verzögerten Lernprozess ist aus England zu berichten.

England war Vorreiter der Industrialisierung gewesen. In unserem Jahrhundert aber schien es wie befallen von einem Symptom, das auswärts als «britische Krankheit» diagnostiziert zu werden pflegte. Kurz vor Antritt der *Thatcher*-Regierung war von der Gefahr zu hören¹, dass die Insel auf «den Stand eines Entwicklungslandes» zurückfallen könnte. Davon ist nicht länger die Rede. Inzwischen gilt eher Deutschland als wirtschaftspolitisch angeschlagen. Die «Newsweek» (vom 18. März 1996, S. 18 ff.) spricht in einer Titelgeschichte krass vom «*german disease*».

Die Industrieproduktivität steigt in England zweimal so schnell wie hierzulande, auch die Arbeitslosigkeit ist relativ niedrig. Diese Verbesserungen der Lage verdanken sich einer gründlichen Liberalisierung des insularen Wirtschafts- und Sozialstandortes seit den achtziger Jahren. *Thomas Noetzel* hat von einer «*Revolution der Konservativen*» (Hamburg 1987) gesprochen. Dabei handelte es sich nicht allein um die Beschneidung des immer dichter gewordenen Netzes sozialer Beziehungen zwischen Staat, Interessenverbänden, Kartellen und Gewerkschaften, das in Grossbritannien zum Erlahmen des Wettbewerbs und damit zu Stagnation und Niedergangsstimmung geführt hatte. Sondern es ging um eine Revolte wider den neuzeitlichen Konservatismus selbst. Denn die *Thatcher*-Strategie² richtete sich grundsätzlich gegen jene seit Reichskanzler *Bismarck* auf dem alten Erdteil übliche Regierungspolitik des Kompromisses³ gegenüber den Sozialansprüchen der Grundschichten.

Damit war es vorbei. Leistung sollte sich wieder lohnen, nicht länger Bedürftigkeit beziehungsweise mehr oder weniger «wohl erworbene Ansprüche». Diese meritokratische Kehre ging nicht ohne sozialpolitisches Blutvergiessen ab. Vor allem wurde durch den Rückzug des Staates aus Vorsorge und Versorgung eine Privatisierung der Risiken eingeleitet. Sie führte zu einer Verschlechterung des sozialen Klimas⁴. Die wirtschaftliche Dynamik jedoch hat sich erholt. Mittlerweile denkt selbst die oppositionelle Labourpartei nicht mehr daran, das seit Kriegsende wuchernde Sozialnetz, das Frau *Thatcher* gründlich zerrissen hat, im Falle eines Wahlsieges flicken zu wollen.

Mahnmal

Diesmal wird Labour nicht den Fehler wiederholen, den sie sich 1946 leistete, als man die arbeitsrechtliche Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialbeziehungen zurücknahm, die der konservative Premierminister *Stanley Baldwin* in den zwanziger Jahren durchgesetzt hatte. Die Zwischenkriegszeit war allerdings durch eine zugespitzte Sozialatmosphäre gekennzeichnet. Entsprechend sah sich der «*Trade Dispute and Trade Union Act*» (1927) von Arbeitnehmerseite heftig bekämpft.

Dabei hatte dieses Gesetzespaket vor allem die gesellschaftspolitische Rolle der Gewerkschaften im Auge, die aus spezifisch historischen Gründen die Labourpartei an der kurzen Leine führten. Auch sonst erwies sich deren Blockademacht weiland als Modernitätsrisiko. Die Einsicht der Mit-

1 *Der Spiegel* Nr. 6 (Hamburg 1979), S. 153.

2 *Colin Crouch: Grossbritannien unter der Regierung Margaret Thatchers, Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr. 38 (1987), S. 3 ff.

3 *Francis Pym: The Politics of Consent*, London 1984.

4 Vgl. *Robert Wilson/Donovan Wylie: The Dispossessed*, London 1992.

welt in den Zusammenhang von wirtschaftlicher Innovation und sozialen Umverteilungschancen entsprach keineswegs den Zeiterfordernissen. Schon deswegen nicht, weil die Baldwin-Regierung mit der Neuregelung der Industriebeziehungen auf einen Arbeitskampf reagiert hatte, der seinerzeit die durch Konjunkturschwankungen und aussenpolitische Spannungen ohnedies erregte Zeitgenossenschaft aufführte.

Im Rückblick lässt sich immerhin erkennen, dass der «Generalstreik» Mitte der zwanziger Jahre in England die Sozialunruhen der damaligen Nachkriegszeit nicht fortsetzte, sondern sie abschloss. Tatsächlich waren die Unterschichten mitsamt ihren politischen und gewerkschaftlichen Vertretungskörperschaften längst Teil der Industriemoderne geworden, ein einflussreicher Akteur noch dazu. Und zwar nicht nur, weil Konflikte im Sinne des Soziologen *Georg Simmel* allemal Zusammenarbeit voraussetzen.

Vielmehr erweist gerade die Auseinandersetzung von 1926, dass die linken Gegeneliten im Land alles andere wollten, als etwa den Sozialismus zu wagen. Eigentlich war man schon seinerzeit dort angelangt, wo sich die New Labour Party mittlerweile ansiedelt, ohne es programmatisch wahrhaben zu wollen. Wobei sich das Dreinfinden in die Gegebenheiten durch Störmassnahmen der Unternehmerseite erschwerte, nicht nur in England. Verzerrungen der sozialen Kommunikation verhinderten bis in die Gegenwart hinein, die sozialoppositionelle Strategie an die Marktmoderne anzupassen, zum Schaden nicht nur der eigenen Anhänger, sondern auch für die Wettbewerbschancen des Landes.

Rückblick

Im Frühjahr 1926 ereignete sich auf der Insel «das umstrittenste und bedeutendste Ereignis»⁵ seiner jüngeren Sozialgeschichte. Vorformen dieses Industriedisputes waren seit Kriegsende mehrmals im kleinen durchgespielt worden. Und sie sollten sich in ähnlicher Art und Weise wiederholen, bis in die Gegenwart hinein. Das letzte grosse Streikdrama⁶ 1984/85 im Kohlebergbau hatte eine jahrzehntelange Vorgeschichte.

Die Lage im Bergbau wurde heikel, als die britische Regierung sich angesichts

Eigentlich war
man schon
seinerzeit dort
angelangt,
wo sich die
New Labour
Party
mittlerweile
ansiedelt.

ernster Absatzschwierigkeiten des Produkts aus der Kohlebewirtschaftung der Kriegsjahre (decontrol) zurückzog. Das war im April 1921. Sofort drohten die Zecheneigner mit Aussperrung, um die «Miners' Federation of Great Britain» zum Lohnverzicht zu zwingen: Die sozialen Ertrungenschaften der Subsidienjahre müssten abgebaut werden, damit die Kohleindustrie als grösster Wirtschaftszweig im Lande wieder rentabel würde. Die Situation des Bergbaus war in der Tat beklagenswert. Das hatte bereits der offizielle «Sankey Report» (1919) festgestellt. Weder in technischer noch organisatorischer oder kapitalinvestiver Hinsicht war dieser – aus über 1500 Gesellschaften bestehende – Industriezweig seiner internationalen Konkurrenz gewachsen. Man produzierte weitgehend mit Verlusten.

Aber die Vorschläge zur Sanierung und, vor allem, zur Modernisierung stiessen bei Zecheneignern und Minenarbeitern auf taube Ohren. Zwar sorgten aussenpolitische Turbulenzen vorübergehend für Welt handelspreise, die die Lage entspannten. Ausserdem konnte 1921 noch der Widerstand der Bergbaugewerkschaft gegen Massnahmen, die Sozialausstattung weiter abzubauen, nach dreimonatiger Aussperrung gebrochen werden. Der zugesagte Sympathiestreik anderer Gewerkschaftsverbände wurde in letzter Minute abgeblasen. Diese Niederlage der Bergarbeiter ist als «Black Friday» (15. April 1921) in die Gewerkschaftschronik eingegangen. Unter dem neuen Vorsitzenden *Arthur James Cook* steuerte die Bergarbeitergewerkschaft seit 1924 einen schärferen Kurs.

Gleichzeitig sank der Kohleabsatz, diesmal auf einen neuen Tiefstand. Die Depression beeinträchtigte auch die Gewerkschaftsbewegung. Deren Mitgliederbestand schrumpfte zusehends.

Ab März 1925 trafen sich zwar die Tarifpartner, doch die Beratungen führten nicht weiter. Die Arbeitgeber kündigten Ende Juni 1925 daher für den kommenden Monat die bisherigen Absprachen auf.

Konflikt

In der heiklen Lage vom Juli 1925 entschloss sich die Regierung Baldwin, die Kohleindustrie für neun Monate zu subventionieren. Der Eklat war abgewendet.

5 David Thomson: *England in the Twentieth Century*, Harmondsworth 1966, S. 108.

6 David Redd/Olivia Adamson: *Miners Strike*, London 1985.

Dieser leichte Sieg am 31. Juli 1925 sah sich von den Gewerkschaften als «Red Friday» gefeiert; er habe die Schmach von 1921 wettgemacht. Tatsächlich handelte es sich um einen Pyrrhussieg. Nicht nur, weil eine wirkliche Problemlösung vertagt worden war. Zudem zog die Regierung, die sich ausgespielt wähnte, politische Konsequenzen und begann, sich auf ähnliche Extremfälle besser vorzubereiten.

Wen kann es wundern, dass sich das Sozialklima wieder verschärfte, nachdem die Subventionsfrist verstrichen war, ohne dass sich die Aussichten der Branche gebessert hatten? Erneut drohte sozialpolitischer Krach. Um den anstehenden Schwierigkeiten vorzubeugen, bildete die Regierung bereits im August 1925 eine «Royal Commission» unter dem Vorsitz des liberalen Politikers Sir *Herbert Samuel*. Gleichzeitig forcierte Baldwin im Rahmen eines «Krisengesetzes» aus dem Jahr 1920 Notstandsvorbereitungen, um Handel und Wandel während eines sozialen Grossbrandes in Gang halten zu können. Das seit 1919 bestehende «Versorgungs- und Transportkomitee» des Kabinetts leitete die Planung für den Ernstfall.

Als die Samuel-Kommission am 11. März 1926 ihren Bericht vorlegte, war die Regierung auf alle Eventualitäten eingestellt. Samuel riet von Nationalisierungsmassnahmen ab, befürwortete immerhin Staatseingriffe, um einer Modernisierung der Kohleindustrie den Weg zu bahnen. Zu diesem Zweck wurde der Regierung eine Liste von Verbesserungsvorschlägen unterbreitet. Sie schlossen die Neuregelung der Arbeitsbeziehungen ein. Auf dieser Basis arrangierte Baldwin, trotz erheblicher Bedenken von seiten der Konservativen Partei, am 24. März ein Treffen zwischen den Widersachern. Eine Vermittlung schien jedoch bereits im Vorfeld schwerlich möglich⁷, da die «Mining Association» einige Grundpositionen des Samuel-Reports rundweg ablehnte. Die Unternehmervertretung bestand auf Lohnkürzungen und einer Stundenerhöhung. Zudem sprach man sich gegen nationale Tarifverhandlungen aus. Die Bergarbeiter ihrerseits wollten Abstriche in wirtschaftlicher Hinsicht, wenn überhaupt, nur für den Fall hinnehmen, dass die Arbeitgeberseite zugleich die langfristig angelegten Innovationsvorschläge des «Kohleberichtes»

Der TUC
hatte 1926
keineswegs
die Absicht,
das Wirtschaftssystem oder
auch nur
die politische
Autorität der
Regierung
in Frage zu
stellen.

⁷ Vgl. das Grundlagenwerk von Margaret Morris, *The General Strike*, Harmondsworth 1976.

akzeptieren würde. Das vom TUC eingesetzte «Special Industrial Committee» erkannte durchaus an, dass angesichts der technologischen Misere im Bergbau weitere Zugeständnisse der Arbeitnehmer unvermeidlich waren, wohingegen die Kumpel eisern bei ihren Forderungen blieben.

Als der Generalrat am 27. April 1926 zusammentrat, gab es noch keine Kompromissvorstellungen, auch nicht innerhalb der Gewerkschaften selbst. Man schlug daher vor, die Verhandlungen auf Regierungsebene fortzuführen. Gleichzeitig wurde eine «Leitungskonferenz» einberufen, um zu entscheiden, wie den Bergleuten in dieser Krisenlage zu helfen sei. Immerhin drohte mehr als 15 Prozent der Arbeiterschaft zum Ende des Monats wieder einmal die Aussperrung. Die Funktionärsversammlung trat am 1. Mai zusammen. Inzwischen standen die Bergarbeiter bereits vor verschlossenen Zehentoren. Der TUC drohte daher für die Mitternacht vom 3. auf den 4. Mai mit einem landesweiten Sympathiestreik. Auf diese Weise sollten die Arbeitgeber oder auch die Regierung zum Nachgeben gezwungen werden, wie im Juli 1925, ohne dass es tatsächlich zum Ausstand käme. Denn auf eine Massenaktion waren die Gewerkschaften in Wirklichkeit organisatorisch oder finanziell nicht vorbereitet. Wichtiger noch, sie lehnten derartige Schritte interessenpolitisch eigentlich ab. Denn mit dem *Sorelschen* Mythos einer «direkten Aktion», mächtig genug, um Regierungen zu zwingen oder das Land zu paralysieren, hat die Labour-Tradition in England, die eher pragmatisch um Bodenhaftung bemüht gewesen ist, wenig im Sinn.

Die Entscheidung zum Sympathiestreik betraf nicht nur den Umfang, sie änderte den Charakter des Konfliktes, der mehr und mehr einem Sachzwang glich. Der TUC hatte 1926 keineswegs die Absicht, das Wirtschaftssystem oder auch nur die politische Autorität der Regierung in Frage zu stellen. Die Drohung mit einem landesweiten Streik wurde jedoch von Teilen der Öffentlichkeit ebenso wie von «die-hards» im Kabinett unter Führung *Winston Churchills*, die sich über die «Alternativregierung» (Baldwin) der Gewerkschaften erregten, als Angriff auf die bestehenden Zustände verstanden.

Für Verhandlungen blieb kaum mehr Spielraum. Mit Blick auf die anstehenden

Schwierigkeiten war von König *Georg V.* der Notstand verhängt worden. Die Kohlesubsidien waren abgelaufen, die Minenarbeiter ausgesperrt. Auf Drängen des erst vor kurzem in den «Generalrat» gewählten *Ernest Bevin* tagten die Gewerkschafter gleichwohl weiter. Noch in der Nacht zum Montag konnte ein neuer «Katalog von Vorschlägen» verabschiedet werden. Man sprach sich für die Anerkennung des Samuel-Reports aus, war mit Lohnkürzungen einverstanden, hielt freilich an der bestehenden Arbeitszeit von 7 Stunden im Bergbau fest. Diese Vorschläge wurden der Regierung übermittelt, ebenso der oppositionellen Labourpartei unter *Ramsay MacDonald*, doch ohne Ergebnis. Wichtig erscheint im Rückblick hingegen, dass der TUC keineswegs die harte Haltung der Bergarbeitergewerkschaft teilte. Auch nachdem deren Leitung am Montag nachmittag gegen Bevin's Papier Einwände erhoben hatte, votierte der «Generalrat» einstimmig für diesen Kompromissvorschlag. Die Spannungen im Arbeitnehmerlager waren offenkundig.

Fehlschlag

Zur Frühstückszeit am 4. Mai 1926 befanden sich rund 2 Millionen Arbeiter auf der Insel im Ausstand, bald sollten es 3 Millionen werden. Am Abend zuvor hatte die Regierung im Unterhaus den Streik als «*an effectual subversion of the State*» (Churchill) verurteilt. Das war eine Sicht der Dinge, die sich nicht nur der Rundfunk zu eigen machte, der in diesen zeitunglosen Tagen seine Karriere begann. Und solche Propaganda hatte Erfolg, auch in der Gewerkschaftsspitze. Man war auf die Auseinandersetzung nicht nur derart schlecht vorbereitet, dass erst am Samstag (1. Mai) eine Streikleitung eingerichtet wurde. Eigentlich wollte man auch jetzt noch keinen «Generalstreik» als «universal stoppage» inszenieren, hielt zur Unterstützung der Bergleute vielmehr selektive Arbeitsniederlegungen im Transport-, Druck-, Bau- oder Energiebereich für sinnvoller.

Man verriet Angst vor der eigenen Courage. Zudem war unter den Funktionären die Solidarität mit den Bergarbeitern nicht einhellig. Auch insofern wurde das Instrument der Arbeitsniederlegung nicht landesweit eingesetzt. Der Generalstreik ge-

.....
Man verriet
Angst
vor der eigenen
Courage.
.....

.....
Der Ausstand
erwies eine
erstaunliche
Opferwilligkeit
der Arbeitnehmer,
für die meisten
hatte es sich
um einen
Sympathiestreik
gehandelt.
.....

staltete sich dabei keineswegs als fair play. Es gab über 3000 Verhaftete, die Ordnungskräfte gingen zunehmend härter gegen Streikposten vor. Schatzkanzler Churchill liess Versorgungstransporte demonstrativ mit Armeebewachung durch London rollen. Im Parlament hielt Sir *John Simon*, ein bekannter Rechtsanwalt, am 6. Mai eine Brandrede, die den Streik nicht nur für «verfassungswidrig», sondern schlichtweg für illegal erklärte. Die Drohung, man werde die Verursacher «*to the uttermost farthing*» zur Verantwortung ziehen, machte den Streikrat nervös. Aber auch unter massivem Druck wollten die Bergbauunternehmer nicht nachgeben. Ehe Gespräche geführt werden könnten, sei der Streik abubrechen – obwohl sich der «Generalrat» kompromissbereit zeigte.

Samuel übermittelte diese Stellungnahme. Der TUC bat ihn, den Kontakt dennoch zu suchen, um ja die Erörterungen wieder in Gang zu bringen. Nach internen Rücksprachen musste die Bergarbeitergewerkschaft erkennen, dass die Solidarität schwand. Mittlerweile schreiben wir den 9. Mai 1926. Der «Generalrat» beschied den Kumpeln klipp und klar, dass sie Lohnkürzungen hinnehmen müssten. Sonst sei kein Ende des Arbeitskampfes abzusehen. Nach einigem Hin und Her erklärte deren Vertretung am Morgen des 11. Mai, dazu nicht bereit zu sein. Verärgert beschloss der «Generalrat» daraufhin, den Streik abubrechen, obschon die Aussperrung in den Kohlerevieren andauerte. Für den nächsten Tag wurde ein Treffen mit Premierminister Baldwin anberaumt, um diesen Entschluss mitzuteilen und über Lösungen zu debattieren. Und das, obschon die Regierung weder die Einlassungen Sir Samuels akzeptiert noch wenigstens ihre Bereitschaft erklärt hatte, weiter zu verhandeln.

Lehren

Nach neun Tagen endete der Generalstreik mit einer vollständigen Niederlage. Die Bergleute blieben ausgesperrt, zudem dauerte der Arbeitskampf in den Minen noch bis zum Herbst. Dann war die «Miners' Federation» geschlagen. Der Ausstand erwies eine erstaunliche Opferwilligkeit der Arbeitnehmer, für die meisten hatte es sich um einen Sympathiestreik gehandelt. Ins-

gesamt gesehen jedoch war die Kampfmassnahme ein Rechenfehler. Der Mitgliederbestand des TUC fiel auf 3,8 Millionen Anhänger (1927), seine Autorität war angeschlagen. Die Handlungsfähigkeit des «Generalrates» wurde für die kommenden Jahrzehnte gleichsam eingefroren. In den unzähligen Einzelgewerkschaften hatte sich Misstrauen gegen zentrale Strukturen aufgebaut. Das wiederum sollte die notwendige Modernisierung der Gewerkschaftsbewegung bis in die Gegenwart hinein hemmen.

Auch die Leistungsbilanz des Königreichs verlor 162 Millionen Arbeitsstunden, der Kohleexport sank um mehr als die Hälfte, der Handel erlitt einen Schaden von 480 Millionen Pfund. Die Aufrechterhaltung der Ordnung ohne Wenn und Aber war kostspielig. Zufrieden konnte nur die amtierende Regierung sein, jedenfalls in kurzfristiger Perspektive. Ihr war – so schien es – die Massregelung der Gewerkschaften gelungen. Baldwin brachte den «Trade Disputes and Trade Union Act» ein, der wesentliche Rechte der Gewerkschaften beseitigte, die seit einem halben Jahrhundert für unantastbar galten. Es gab noch einen weiteren Gewinner der Kampftage: Die Unternehmer konnten ihre Forderungen samt und sonders durchsetzen.

Dieser Streik, der an den Konfliktursachen nichts änderte, erweist sich als trauriges Lehrstück für das Fehlmanagement⁸ industrieller Konflikte. Zu lange hatten die Widersacher den Ernst der Lage verkannt und darum wenig Verständnis für Lösungen gezeigt, die Opfer auf allen Seiten verlangten. Und die Regierung zögerte, dem Staat mehr als die Rolle eines «ehrlichen Maklers» zuzubilligen, ganz im Sinne des «Conciliation Act» (1896). Keinesfalls wollte man in das «freie Spiel der Kräfte» eingreifen, etwa um die strukturellen Ursachen der sozialen Spannungen durch Modernisierungsmassnahmen abzubauen.

Aus heutiger Sicht war der Generalstreik ein Hinweis auf Lernhemmungen der britischen Gesellschaft. Zwar wurde 1926 die syndikalistische Vision politik-gestaltender Gewerkschaften zu Grabe getragen, aber keiner schien es zu bemerken, am wenigsten die politische Linke. Das zeigen die Arbeitskämpfe von 1973/74 ebenso gut wie zuletzt Mitte der achtziger Jahre die ausgedehnte, am Ende vergebliche Streikauflage der «National Union of Mine-

.....

Grossbritannien
will das
europäische
Hongkong sein.

.....

8 Wobei es nicht nur um mangelnde Konfliktbewältigung durch Kommunikation ging. Der dabei – etwa nach dem hiesigen Konsensmodell – vielgelobte Kompromiss hätte seinerzeit nur bedingt weitergeholfen. In ihm kommen ja notwendig die Existenz- und Erhaltinteressen jeweiliger Branchen zum Ausdruck, auch wenn diese (wie im Fall der Kohle) bei wirtschaftsrealistischer Betrachtung auf die Dauer kaum überlebensfähig sind. Ein «Kompromiss» der Interessierten überwälzt Kosten in Form von Preisen, Subventionen usw. auf die Gesellschaft, verhindert folglich eine Modernisierung im Sinne der Marktlogik.

9 Peter Mandelson/
Roger Liddle, *The Blair Revolution*, London 1996

workers» unter *Arthur Scargill*. Noch immer ging es um Probleme, die bereits in der Zwischenkriegszeit zu Auseinandersetzungen geführt hatten.

Nachdem sich die Sanierung des Bergbaus länger als ein halbes Jahrhundert verschleppt sah, war es erst die Regierung Thatcher, die den «National Coal Board» unter *Ian MacGregor* beauftragte, die Energiewirtschaft zu modernisieren: Wenigstens zwanzig der über 170 Zechen mussten geschlossen werden, um die Überproduktion zu drosseln. Elf Prozent der Kumpel sollten, mit Abfindungen versehen, die Reviere verlassen. Die Gewerkschaft mochte auf keinen Fall mitspielen, nicht zuletzt, weil die Organisationsspitze um ihren Einfluss bangte.

England drohte zum armen Mann in der Europäischen Union zu werden. Von der industriellen Dynamik des Landes war nichts mehr zu spüren. Zudem schien die Insel noch immer einem merkwürdigen, geradezu vorindustriell anmutenden Phlegma verhaftet, das sich im skurrilen Beharren auf Altvorderem äusserte.

Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren gründlich geändert. Grossbritannien will das europäische Hongkong sein, soziale herkömmliche Rücksichtsmassnahmen sind ausser Mode. Die Gewerkschaften können diese Entwicklung kaum mehr beeinflussen. Sie wollten aber schon in der Zwischenkriegszeit Produktivitätsfortschritte nicht verhindern. Das verdeutlicht nicht zuletzt der Ausgang des Konflikts von 1926. Der TUC wurde geschlagen, weil der Lohnstreit zu einer Art von gesellschaftspolitischer Entscheidungsschlacht ausuferte, in dem die Gewerkschaftsspitze mental auf seiten der Industriekräfte stand.

Was lange Zeit missverstanden wurde, selbst auf Arbeitnehmerseite. Insofern krönt die Liberalisierung⁹ der Labourpartei jene Thatcher-Revolution der achtziger Jahre. Stellvertretend für die sozialoppositionelle Szene im Land sieht sich zudem quasi-offiziell die Lehre aus den Ereignissen von 1926 gezogen: Die Vertretungskörperschaften der Arbeitnehmer sind im Interesse möglichst grosser Umverteilungschancen *keine* Gegner notwendiger Innovationen. Denn von nichts kommt nichts, vor allem nicht im internationalen Wettbewerb wirtschaftspolitischer Standorte. ♦